

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beleghe „Soll
und Sein“ und „Kinderfreund“, Feiertags-
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
40 Blätter, Restante 2.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des letz-
gedruckten Blattes (täglich zwei
letzte Blätter), jedes weitere Blatt
15 Pfennig, Sonntagsblätter das erste
Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt
10 Pfennig, Karte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Blätter, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Wohnungen Seite 60 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Ein-
druck 2, wochentägig, von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 293—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontokonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Volksr. 65, Diskontogebäude, Depositenkassa Lindenstr. 2

Schulreform.

Eine Schlussbemerkung zur Diskussion über das nächste
Schulprogramm.

Von Wilhelm Paulson.

Auf meine Ausführungen im „Vorwärts“ antworteten
Dr. W u e s t n g und Frau Dr. B ä u m e r, beide nach meiner
Reinung im sachlich zustimmenden Sinne. Da es mir in
der gegenwärtigen politischen Konstellation notwendig er-
scheint, über alle Einwendungen hinweg zu einem die Deffent-
lichkeit überzeugenden und miteifernden Aktionsprogramm
zu kommen, sei es mir gestattet, meine Ansicht noch einmal
kurz zusammenzufassen und Gegenständliches hinwegzuräumen.

Ich verwerfe aus sozialen und pädagogischen Gründen
jede Schulgliederung, die auf Grund eines einseitigen Aus-
leseverfahrens durchgeführt wird. Die Schule, als
Sammel-, Bildungs- und Lebensstätte der Jugend, ist eine
Einheit. Ausleseverfahren im heutigen Sinne zerstören diese
Einheit und zerreissen die Jugend wie die erwachsene Gesell-
schaft nach Ständen und Klassen. Gesellschafts- und Bildungs-
klassen, höhere und niedere Klassen sind innerhalb unseres
heutigen Schulsystems scharf ausgeprägt. Sie bleiben be-
stehen, wenn der Gegensatz zwischen Massen- und Sonder-
schule nicht aufhört, wenn die Volksschule nicht zu einer
Rasseninstitution, zur Volksbildungsanstalt er-
hoben wird.

Ich habe die Gefahren jeglicher Art von Ausleseverfahren
scharf gekennzeichnet. Aufbau und Oberklassen der Volks-
schule sind Behelfs- und Noterleichterungen. Sie stoßen für
eine geringe Zahl theoretisch Begabter niedriger Volksschichten
ein Bildungsstör auf, lassen das Massenbildungsproblem
aber ungelöst. Das Bildungselend der Volksschule und
mittlerweile auch das der höheren Schule bleibt bestehen.
90 Proz. unserer Jugend verkümmern nach wie vor in ihrer
geistigen Entwicklung. Für die Wirtschaft und Kultur ist
die Volksschule fast ohne Bedeutung. Ihr Niveau muß ge-
hoben werden, Aufbau und Gliederung müssen dem Reicht-
um und der Mannigfaltigkeit individueller Begabungen
entsprechen. Die Bildungsziele müssen den Bedürfnissen der
Gesellschaft und der Wirtschaft angepaßt werden. Die Bil-
dungsweg in die Praxis des Lebens münden. Eine Aus-
lese von unten muß erfolgen, nicht von oben. Die Sach-
gliederung der Schule fordert das Können der Jugend her-
aus, macht ihre Qualitäten sichtbar, legt innere „Berechtig-
ungen“ bloß. Je schlechter das Schulwesen,
desto höher das Ansehen der Berechtig-
ungen, Diplome und Prüfungen. Die Ziel- und
Planlosigkeit unseres Bildungswesens hat zur Erfindung der
Intelligenzprüfung geführt. Je größer die Ohnmacht und
das Unvermögen der Schule, Intelligenzen zu wecken und zu
formen, desto raffinierter und lüdenloser die Tests, dennoch
Intelligenz zu entdecken.

An anderer Stelle formuliert ich es so: „Je unerbit-
licher und härter der Prüfungsmechanismus ist, je differen-
zierter die Systeme und Programme, je lauter, selbstbewußter,
unbeseidener und taktloser die Methoden werden, geistige
Qualitäten zur Neuhierung, zur „Entäußerung“, zu drän-
gen, desto größer und unheilvoller sind die Mächte der
Intelligenzzerstörung. Es gibt nur ein Mittel, unserer
geistigen Wirtschaft zu helfen: natürliche Intelligenz-
bildung nicht zu hindern.“

Sozial von der grundsätzlichen und inneren Seite der
Schulreform. Für den organisatorischen Aufbau forderte ich
die Einheitlichkeit des Schulwesens bis zum 10. Schuljahr,
für die letzten vier Jahre mit Beschränkung auf den allgemein
bildenden Unterricht. Die sechsjährige Volksschule
schul, ich muß auf meine früheren Ausführungen zurück-
verweisen („Vorwärts“ vom 3. Juni 1928) hat die Aufgabe,
die Gesamtkräfte der Jugend zu mobilisieren, sie in Arbeit
und Spiel natürlich sich formen und auswirken zu lassen.
Unsere Stunden- und Lehrpläne verlagern hierin vollständig
in dilettantischer Weise vermitteln sie dürftigste Gelehrten-
bildung. Eine Umkehr ist unter der Einwirkung neuester
psychologischer und pädagogischer Erkenntnisse bereits er-
kennbar.

Die vierjährige Volksmittelschule, obligatorisch
in den ersten, fakultativ in den letzten Jahren, legt bei völlig
umgestalteter Arbeit, unter Verzicht auf den drückenden
Stoffzwang und unter Herabsetzung der verwirrenden
Stunden- und Fächerzahl die allgemeine Bildung fort,
gliedert sich aber nach den Hauptbegabungsrichtungen, wie
es die Bedürfnisse des Gewerbes, des Handels, der Technik,
der Kunst oder der Wissenschaft es erfordern. Die Fach- und
Berufsschulen knüpfen hier organisch an. Die Gesamtheit
ihrer Oberstufen bildet die Volksoberschule, neben
der vorläufig, verbunden mit ihr, die höhere Schule bestehen
bleibt.

W u e s t n g bekennt sich zu dieser Gliederung im vollen
Umfange, er fordert mit mir die sechsjährige Grundschule und
den Ausbau der Volksschule bis zum zehnten Jahre.
B ä u m e r will in diesem System — ob sachlich mit Recht
oder nicht — die heutigen Mittel- und Realschulen belassen,

Das Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichts hat das wahre
Wesen der Ausperrung in aller Schärfe aufgezeigt. Sie ist ein
Bruch des Rechts, ein Machtkampf der Scharfmacher gegen den
Staat und das Gesetz. Bei diesem Machtkampf muß der Staat
den längeren Atem haben, sofern seine Organe von dem
Willen erfüllt sind, die Achtung vor dem Gesetz und vor der Au-
torität des Staates zu erzwingen. Der Beschluß des Reichstags, den
Ausgesperrten Unterstützung zu gewähren, bedeutet in diesem Mach-
kampf einen sehr schwerwiegenden Faktor. Die Unternehmer
fürchten diese Unterstützungsaktion, sie versuchen deshalb systematisch
die öffentliche Meinung und die ihnen nahestehenden Parlaments-
fraktionen

gegen die Durchführung des Reichstagsbeschlusses auf Grund der preussischen Richtlinien

mobil zu machen.

Die der Volkspartei nahestehende Presse veröffentlicht An-
griffe gegen die Unterstützungsaktion und behauptet,
dass die Unterstützung gegen die Reichsgrundzüge zur Fürsorgepflicht-
verordnung verstoße und deshalb eine Verletzung der Staats-
autorität bedeute. Diese Behauptung ist rechtlich so unhaltbar wie
jene Unternehmerbehauptung, dass der Schiedsspruch nicht zu Recht
gefaßt worden sei. Sie soll verschleiern, dass die Unternehmer
unter Mißachtung des Rechts den Kampf gegen den Staat fort-
setzen wollen. Die Unternehmer stehen nun einmal auf dem Stand-
punkt, dass der Staat nur den Unternehmern helfen darf, niemals
über den Arbeitern.

Die „Kölnische Zeitung“ fundiert gleichzeitig an

dass ein neuer Schritt der Volkspartei in der Frage der Unterstützung im Eiferrecht bevorstehe.

Es ist bekannt, dass die Volkspartei vor dem Beschluß des Reichs-
tages einer Unterstützungsaktion des Reiches zunächst erheblichen
Widerstand geleistet hat, so daß in dieser Zeit der Krisengerichte
und Krisengespräche bereits öffentlich von einer Regierungskrise über
den Eisenkonflikt gesprochen wurde. Die Volkspartei hat schließlich
der Unterstützungsaktion zugestimmt. Würde es sich bewahrheiten,
dass sie jetzt gegen die Durchführung Einspruch zu erheben gedenkt,
so müßte der Eindruck entstehen, dass sie vor dem Eintritten der
Scharfmacher ihre bessere Einsicht preisgibt. An kräftigen Drohungen
der ausgesprochenen Scharfmacherpresse hat es ja nicht gefehlt.
Hat doch eine Zeitung mit bürren Worten erklärt, Herr Curtius
habe kein Amt als Reichswirtschaftsminister nur von der Gnade
der Industriellen...

Es scheint die Absicht der Führer der Scharfmacher zu sein, ihre
Front gegen den Staat zu verlängern bis in den Reichs-
tag hinein. Nach ihrer Niederlage vor dem Landesarbeitsgericht

in Duisburg wollen sie es anscheinend noch bis zum offenen Konflikt
im Parlament treiben. Die Volkspartei soll in die Bresche springen,
eine Demissionierung der Minister der Volks-
partei soll die Einstellung der Unterstützung an die Ausgesperrten
bewirken. Der Plan ist einfach und klar; die der Volkspartei nahe-
stehende Presse löst über ihn keine Zweifel. Beim Wiederzusammen-
tritt des Reichstags wird man sehr schnell erfahren, ob mehr da-
hinter steckt als nur ein frommer Wunsch des Unternehmertums oder
ob in der Tat die Volkspartei Reigung zeigt, die Front der Kata-
strophensplitter gegen den Staat, seine Autorität und das Gesetz
zu verlängern.

Wir glauben, dass es im gegenwärtigen Augenblick kein stärkeres
Mittel gibt, um eine Partei, ihre Rechtsauffassung und
Staatsmeinung in den Augen der überwältigenden Mehr-
heit des Volkes zu diskreditieren, als der Versuch, sich im
Eisenkonflikt auf die Seite der Rechtsbrecher gegen die Opfer der
Ausperrung zu stellen. Ein Sturm der Empörung im ganzen
Volke würde sich gegen den Versuch erheben, den Scharfmachern mit
Hilfe einer leichtsinnig herausgeschworenen Regierungskrise
zu Hilfe zu kommen.

Die parlamentarische Auseinandersetzung über einen derartigen
Versuch würde zu einer sehr klaren Trennung der Geister führen.
Ueber die Stimmung innerhalb der Arbeiterheit unterrichtet eine
Kundgebung der christlichen Metallarbeiter, in der
die Reichsregierung aufgeführt wird, ihrer Höhe und dem Recht
Geltung zu verschaffen.

erforderlichenfalls durch ein Notgesetz, auf Grund dessen die Betriebe wieder geöffnet werden könnten.

Diese Kundgebung der christlichen Metallarbeiter wird von der
„Kölnischen Zeitung“ als Katastrophensplitter bezeichnet. Nun auf
einmal Katastrophensplitter! Vier Wochen lang haben die Schar-
macher an der Ruhr unverantwortliche Katastrophensplitter getrieben
— nun auf einmal soll die Forderung an den Staat, daß er dem
Recht Geltung verschaffen solle gegenüber den Saboteuren des
Rechts, Katastrophensplitter sein?

Es ist allerdings zu wünschen, daß die Notwendigkeit, 230 000
Arbeiter und ihre Angehörigen zu unterstützen, bald aufhört! Die
Betriebe müssen geöffnet werden!

Das Reich muß die Arbeiter unterstützen, weil 12 Menschen
einen Primatkrig gegen das Recht des Staates führen. Es wäre
besser, wenn sich die Volkspartei bemühen würde, die Unter-
nehmer zum Abbruch der rechtswidrigen Aus-
sperrung und zur Anerkennung des Schiedsspruchs
zu bewegen, als daß sie einen Schritt gegen die Unterstützung der
Opfer des Rechtsbruchs oder auch nur eines Teiles von ihnen an-
tun würden!

„Zum Gelingen verurteilt.“

Blum über die Reparation — für die Räumung.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Der Führer der Sozialistischen Partei, Leon Blum, veröffent-
licht heute im „Populaire“ einen grundsätzlichen Artikel über die
Frage der Rheinlandräumung. Leon Blum betont zunächst, daß die
Sozialistische Internationale dessen militärische Befehung, vor allem
aber die Rheinlandräumung, die nicht weniger als 15 Jahre dauern
sollte, aufs schärfste verurteilt. Selbst die wildesten
Militaristen in Frankreich hätten so führt Leon Blum fort, der
Räumungsforderung Deutschlands nicht ein einziges stichhaltiges
Argument entgegenzusetzen. Die Berufung auf den Artikel 431 des
Versailler Vertrages könne nur zugunsten Deutschlands sprechen.
Deutschland habe abgerüstet, es habe den Dawes-Plan und den
Locarno-Vertrag angenommen und damit Sicherungen anerkannt,
die die Sicherung der Rheinlandbesetzung ergeben.

Es sei klar, daß Deutschland für die Räumung keinen Preis zu
zahlen brauche und daß es dies auch nicht tun werde. Deutschland
werde mit diesem Standpunkt auch unbedingt durchdringen. Es
habe nicht nur das Recht auf seiner Seite, sondern es könne schon

heute damit rechnen, daß die bevorstehenden Sachverständigen-
verhandlungen „zum Gelingen verurteilt“ sind.

Die Reparationskommission ernannt die Sachverständigen.

Am Montag vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des
Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, der sich
wiederum mit den laufenden Reparationsverhandlungen
beschäftigte. Innenminister Lardieu erklärte nach Schluß der
Sitzung, daß die erwartete Ernennung der Sachverständigen for-
mell nicht den alliierten Regierungen, sondern der Repara-
tionskommission obliege. Die deutsche Regierung hatte
diese Frage in ihrer Demarche vom 30. Oktober offengelassen, weil
sie selbst keinerlei Initiative ergreifen wollte. An sich können
gegen die Ernennung durch die Reparationskommission grundsätz-
liche Bedenken schon deshalb kaum erhoben werden, weil ihr im
Friedensvertrag die Mission zugeschrieben wird, von Zeit zu Zeit
die Zahlungsfähigkeit und die Hilfsquellen Deutschlands zu prüfen.

ihre grundsätzlichen Erörterungen sind dieselben. Alle schul-
reformistischen und schulfortschrittlichen Kreise erheben die
gleichen Forderungen. Die Lehrerschaft wird in ihrer er-
drückenden Mehrheit hinter ihnen stehen. Jugend und Eltern
sehnen sich nach Erlösung. Die schwer kämpfende Wirtschaft
verlangt die neue Bildungsordnung. Die Sozialdemokratische
Partei steht in ihr die Erfüllung des wichtigsten Stückes ihres
Kulturprogramms. An uns ist es, die Parlamente an die
gesetzgeberische Arbeit zu bringen. Wichtiger als aller Kampf

um das Reichsschulgesetz — ich wiederhole es — ist der Kampf
um eine vernünftige und sachliche Gestaltung unseres Schul-
und Bildungswesens. Konfessioneller Habitus verstimmt vor
den praktischen Aufgaben des Lebens. Eine Schule der pro-
duktiven Arbeit, die Schule der schaffenden, werktätigen Be-
völkerung, wird die Jugend binden über alle weltanschau-
lichen und parteipolitischen Grenzen hinaus. Zugleich wird
gerade sie am wenigsten ihre allgemeine humanistische Auf-
gabe vernachlässigen.

Am gestrigen 26. November wurde Ferdinand Ewald 82 Jahre alt. Am gleichen Tage hat ihn der Tod aus dem Leben abgerufen, nachdem er seit Tagen sein Kammer angeordnet hatte.

Der jetzt die Augen für immer schloß, war ein Berliner Kind. In dem Berlin des Vormärz war er geboren, in dem Berlin der Entwicklung zum Kapitalismus wuchs er auf, hier erlebte er die „Gründerjahre“, nachdem er an den drei preussischen Forderungen teilgenommen, hier fand er den Anschluß an die junge sozialistische Arbeiterbewegung, in der er selbst bald hervorragend tätig werden sollte.

Als Bergolder lebte er das Leben des Arbeiters; mit bestem Verstand erfüllte ihn die Schande des Sozialistengesetzes. Aber gerade dieser Grimm führte ihn zu verstärkter Wirksamkeit, um die Blüten des Gegners zu erpflücken und der unterdrückten Arbeiterschaft neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Nur mit großer Mühe gelang es, die Abreisezeit wenigstens bis zum Abend des Tages auszuweiden. Dann mußte der Berliner Ewald seine Heimat verlassen. Er siedelte nach Brandenburg über, eröffnete dort ein kleines Zigarrengeschäft, um die Mittel zum Leben zu schaffen, aber er war auch am neuen Wohnort bald wieder in der proletarischen Bewegung tätig.

Die Einnahmen des Reiches im Oktober.

Das Etat-Soll bisher um 390 Millionen überschritten.

Die Einnahmen des Reiches im Oktober betragen bei den Steuern und Verbrauchssteuern 817,9 Millionen und bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 244,4 Millionen.

In den ersten sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres — April bis einschließlich Oktober 1928 — sind im ganzen 839,8 Millionen Mark aufkommen, das sind 390,3 Millionen Mark mehr als sieben Zwölfstel des Jahresfalls.

Der Mietenkampf in Wien.

Sozialdemokratische Obstruktionsreden.

Die Mietenaufwerthungsvorlage der Wiener Bürgerstadtratsregierung, über die wir gelegentlich ihrer Besprechung auf dem sozialdemokratischen Parteitag Mitte September berichtet haben, ist nach der ersten Lesung im Nationalrat dem Sonderausschuß überwiesen worden, der schon seinerzeit an der Obstruktion der Sozialdemokraten gescheitert ist.

Der König von England. Das gestrige Bulletin spricht von einer unruhig verbrachten Nacht und von der Möglichkeit einer Ausdehnung der Brüsselentzündung.

Kompetenzkonflikt im Landtag.

Darf der vom Finanzminister vorgelegte Stellenplan abgeändert werden?

Der verstärkte Hauptausschuß des Landtages trat am Montag zur Beratung des vom Finanzminister vorgelegten Stellenplanes für 1928 zusammen.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff erklärte einleitend, daß der Landtag über seine Ausschüsse nicht das Recht hätte, die Ausführungsbestimmungen und den Stellenplan für 1928 abzuändern.

Abg. Simon (Soz.) wies gegenüber diesen Ausführungen des Ministers auf die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Volksschulbesetz hin, an dem wichtige Änderungen vorgenommen wurden.

Ein Zentrumsredner schloß sich diesen Ausführungen an. Er sei über die Auffassung des Ministers, daß Änderungen vom Landtag nicht mehr vorgenommen werden könnten, im höchsten Maße bestürzt.

Abg. Hamburger (Soz.) erklärte für seine Fraktion, daß diese dem Ernst der preussischen Finanzlage bei Stellung von Abänderungsanträgen Rechnung tragen werde.

Der kommunistische Redner, Abg. Rasper, bezeichnete die Stellungnahme des Finanzministers wiederholt als Betrug und wurde dafür vom Vorsitzenden zweimal zur Ordnung gerufen.

den Erklärungen des Ministers habe es überhaupt keinen Zweck mehr, einen Unterausschuß einzusetzen.

Auch ein Demokrat äußerte gegenüber den Ausführungen des Finanzministers ernste Bedenken. Der Landtag müsse das Recht der Nachprüfung behalten.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff äußerte sich nunmehr dahin, daß durch die verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Volksvertretung zweifellos überwiegenden Einfluß auf die gesetzgeberische Gestaltung der Angelegenheit habe.

Der Vorsitzende, Abg. Hirsch, schloß die Debatte mit dem Hinweis, daß nach dem interessanten akademischen Vortrag des Finanzministers sich dieser der höheren Einsicht des Ausschusses nicht verschließen müge.

Der Hauptausschuß setzte sodann zur Vorbereitung des Stellenplanes einen Unterausschuß von 18 Mitgliedern ein. Für die Sozialdemokraten gehören diesem Unterausschuß die Abgeordneten Simon, Dr. Hamburger, Klumeyer und Jandert an.

Schluß mit den Fideikommissen.

Auflösung bis 1931.

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Abänderungsantrag zur Zwangsaufhebungsverordnung der Fideikommiss- und Familiengüter eingebracht.

die Fideikommissen noch immer existieren.

daß also der Artikel 155 der Reichsverfassung, der nur und einfach sagt: „Die Fideikommissen sind aufzuheben“, noch immer nicht erfüllt ist, daß noch immer Fideikommiss herrsche, obwohl nun zahlreicher Agrarpolitiker die volkswirtschaftliche Schädlichkeit dieser Ueberbleibsel aus der Feudalzeit einstimmig dargelegt worden ist.

Die mit dem Fideikommiss verbundenen Sonderrechte sind tatsächlich die Allgemeinheit untragbar. Während in deutschen Westen und Südwesten infolge der dauernden Ernteausfälle landwirtschaftlicher Betriebe die Betriebsgröße immer weiter sinkt und oft bis zur Unwirtschaftlichkeit sinken muß, nur damit die Bauernsöhne bei ihrem landwirtschaftlichen Beruf bleiben können, sind besonders in deutschen Osten riesige Latifundien in den Händen weniger Landmagnaten zusammengeballt.

Ist bereits diese einseitige Begünstigung des Fideikommissarben eine schreiende Ungerechtigkeit, so ist

der volkswirtschaftliche Schaden der Unteilbarkeit der Fideikommissen

noch viel größer. Die Ansiedlung von Bauernsöhnen aus dem Westen in den Latifundien des Ostens wird dadurch verhindert, und vielfach werden dazu Fideikommissgüter von ihrem Inhaber schlecht bewirtschaftet, weil dieser während seiner Regierungsperiode bestrebt sein muß, Vermögensteile aus dem Fideikommiss für seine bei seinem Tode nicht erbberechtigten Kinder herauszugeben.

Enthält dieses Brachliegen großer landwirtschaftlicher Produktivkräfte in den Fideikommissen für die Ernährungswirtschaft schwere Schädigungen, so hat ein anderer Teil des Fideikommissrechts, die Beschränkung der Haftung der Fideikommissbesitzer für Schulden, die Sicherheit des Wirtschaftsverkehrs in zahlreichen Fällen gefährdet und zu großen Verlusten von Gläubigern geführt.

RPD-Krach.

Unterschlagungen eines IAZ-Vertreters.

Harburg-Wilhelmsburg, 20. November. (Eigenbericht.)

Der Krach in der RPD nimmt hier kein Ende. Nachdem sich die ohnehin schwache Ortsgruppe mitläßt ihrer Führung in zwei feindliche Lager spaltete und auch die Stadtratsfraktion auseinanderfiel, kommt nun das neueste Skandalstückchen ans Licht. Der hiesige Vertreter der IAZ und Leiter der Ortsgeschäftsstelle der „Norddeutschen Zeitung“, eines Ablegers des Hamburger RPD-Blattes, hat die gesamten in seinem Besitz befindlichen Kassengeelder unterschlagen.

aller Öffentlichkeit lustig weiter. Man sagt sich in Flugblättern und Versammlungen die schönsten Liebeswörterchen. Aus einem Artikel der „Norddeutschen Zeitung“ geht hervor, daß der frühere Ortsgeschäftsleiter des Blattes, einer der ausgeschlossenen Stadtratsmitglieder, wegen völliger Unfähigkeit entlassen werden mußte.

Einjährige Dienstzeit ab 1929.

Ein Fortschritt in Frankreich.

Paris, 26. November.

Der Heeresauschuß der Kammer hat Kriegsminister Painlevé mitgeteilt, daß in Anwendung des Gesetzes über die einjährige Dienstzeit die im November 1929 unter die Fahnen zu ziehenden Rekruten als erste nur ein Jahr zu dienen haben werden.

Den Kaiser uns bestellt zur Nacht! Und seine grünen Koller!

Ein Mittelstückchen schreibt uns:
In unseren Schulen stehen allmählich die neuen saargelichen
Liederbücher mit Melodienabdruck ein. Die Gesangbücher mit
Liederausgabe, die mir vorliegen, sind in diesem Jahre vom
Verlag (Kramisch u. Sohn, Berlin, Wilhelmstraße 26) geliefert
worden. Es sind neue Bücher, „nach Zustimmung der Provinzial-
synode vom Jahre 1884 zur Einführung in der Provinz Brandenburg
mit Genehmigung des Evangelischen Konsistorium.“ Der Stempel
auf der Rückseite des Titelblattes trägt die Aufschrift: „Kgl.
Konsistorium der Provinz Brandenburg in Berlin.“ Diefem
Stempel macht das Gesangbuch alle Ehre! Das Inhaltsverzeichnis
steht auf Seite XII unter dem Abschnitt „Vaterland und
Kirche“ als erstes zwei Lieder für den „Ge-
burtstag des Landesherren“ auf.

- Nr. 506: Mit Frieden hast du (Gott) uns bedacht,
den Kaiser uns bestellt zur Nacht...
Nr. 507: Vater, fröhne du mit Segen
unsern König und sein Haus...
Nähre du die heilige Flamme,
die das Herz des Volks erweilt,
daß es unserm Königsstamme
Liebe bis zum Tode weilt...

Unter den „Festgebeten“ ist dann auch ein Gebet für den
Geburtstag des Kaisers (Seite 514): „Wir bitten dich
(Gott) herzlich, wolle mit deiner Gnade über dem Kaiser, unserm
Könige und Herrn. Wir danken dir, daß du abermals ein
Jahr dein Leben und seiner Regierung zu-
brachte hast...“ — — Da wunder's uns nicht mehr, wenn
unter den Liedern für „Krieg und Frieden“ im Liede Nr. 311
der 7. Strophe zu lesen ist:

Herr Gott, wir danken dir,
daß du Land, Reich und Häuser,
den frommen Fürstenstamm
und dessen grüne Koller
bisher erhalten hast!

Wenn die Tatsache, daß Evangelischer Oberkirchenrat und
Evangelisches Konsistorium der Provinz Brandenburg die alten
Liederbücher immer wieder neu drucken lassen, nicht auch eine
andere Seite hätte, könnte man sie mit einem Lächeln abtun. So
aber? Wie lange werden solche Gesangbücher „nach Zustimmung der
Provinzialsynode mit Genehmigung des Evangelischen Oberkirchen-
rates vom Evangelischen Konsistorium“ noch herausgegeben werden?
Wie steht es damit in den anderen Provinzen? Wer hat verant-
wortlich gezeichnet? Welches Datum kommt in Frage? Die neuen
Liederbücher schweigen sich über das Jahr ihres Erscheinens aus.
Nur die Ausgabe mit Dürerschnitt trägt (versehentlich?) im Titel-
blatt die Jahreszahl 1924. Auf der Rückseite des Titelblattes
drängt an derselben Stelle der alte Stempelabdruck: „Kgl.
Konsistorium der Provinz Brandenburg in Berlin.“

Wählerfolg in Nordtirol.

Rund 3000 sozialdemokratische Stimmen mehr.

Wien, 26. November. (Eigenbericht.)

Die Gemeindevahlen in Nordtirol, mit Ausnahme der
Gemeinde Innsbruck, ergaben für die Sozialdemokraten erfreuliche
Erfolge. Vor allem ist die Sozialdemokratische Partei nunmehr auch
in der ehemals beherrschenden Gemeinde Innsbruck am
gegenüber den Gemeindevahlen von 1922 bisher einen Zu-
wachs von rund 3000 Stimmen und 30 Mandaten
erzielt. In den zwei großen Gemeinden bei Innsbruck, Bärz und
Längenfeld, haben die Sozialisten jetzt die gleiche Stärke wie die Bürger-
schaft. Infolgedessen dürfte bei der Bürgermeisterwahl das Los
gleich sein.

Unser Mazedonien.

72 Bombenattentate in Ostbosnien.

Warschau, 26. November.

Die deutsche Sejmabgeordnete Graczykowska aus Ober-
Schlesien führte im Haushaltsausschuß u. a. aus, daß unter allen
sozialdemokratischen Parteien die schlesische die meisten Bom-
benattentate erlebt habe. Die bisher vorgekommenen 72 An-
schläge hätten sich mit wenigen Ausnahmen gegen Deutsche ge-
richtet, einer der letzten Bombenanschläge in Antonienstraße gegen
zu einem Sommerfest versammelten Mitglieder des Ver-
bandes deutscher Katholiken! In diesem Falle sei es zum ersten
Male gelungen, den Attentäter zu fassen. Doch habe er für sein
Verbrechen nur einige Tage Gefängnis erhalten. Die
Behörden haben sogar deutschen kulturellen Vereinen Sommer-
festzüge verboten und einem Festwirt mit Verletzung der
Versammlungsfreiheit gehandelt, wenn er seinen Saal für deutsche Ver-
sammlungen herbeie.

Der griechisch-türkische Völkertausch. Unterbrechung der Verhandlungen.

Sofia, 26. November.

Die Regierung erläßt in Beantwortung der Beschwerde der
griechischen Delegation bei der türkisch-griechischen Kommission für
den Völkertausch eine Erklärung, in der die Richtigkeit
der Vorgehens der türkischen Delegation bestätigt wird. Die
griechische Delegation sei der Bewegungsfreiheit beraubt
worden. Ihr sei jede Möglichkeit genommen worden, Beschwerden
der türkischen Bürger in Griechenland entgegenzunehmen.
Unter diesen Bedingungen sei eine weitere Arbeit der Kommission
nicht möglich gewesen.

Nach dem griechisch-türkischen Krieg haben beide Staaten die
ihrem Gebiet wohnenden Bürger und Nationalangehörigen des an-
deren Staates in unerschreiblicher Grausamkeit und Gefinnungs-
losigkeit vertrieben — „angefiedelt“ heißt man das offiziell. Es
sind sich um Hunderttausende Griechen in Kleinasien und
in West-Thrakien, deren Familien zumeist schon durch viele
Generationen an diesen Stellen lebten. Waren doch diese Länder
zwei Jahrhunderte in staatlicher Gemeinschaft: erst in os-
manischer, dann in türkischer.

Genosse Dittmann schreibt uns zu Hermann Müllers Erwiderung:
Darin gehe ich mit Müller völlig konform, daß Haase als
Verantwortlicher dagegen war, so hoch Gerichte zur Ver-
urteilung einzusetzen. Ich sehe aber im Gegensatz zu Müller
kein widerprüchliches Verhalten Haases, daß
im Falle Liebknecht-Luxemburg eine Untersuchungskom-
mission ohne richterliche Befugnisse zur Feststellung
des Tatbestandes forderte.

Schwerer „Damm“bruch!



Nicht nur an der Nordsee sind Dämme gebrochen, sondern auch bei der Feuer-
sozialtät. Direktor Damm wurde dabei ertappt, wie er die Dämme durch-
stach, durch deren Lücken gewaltige Kreditströme ins Bodenlose rauschten!

Hinter den Kulissen der KPD.

Lochspiellei — Unterschlagung — Korruption.

Unser Jenaer Parteiblatt „Das Volk“ veröffentlicht einen
folgenden aufschlußreichen Brief. Der Adressat ist der
politische Redakteur des kommunistischen „Gothaer Volks-
blatt“, Heinemann, der Briefschreiber heißt Nikolaus
Fahl, der 1923 nach Moskau gegangen und erst vor kurzer
Zeit zurückgekehrt ist. Der Brief lautet:

Jena, den 18. November 1928.

Lieber Genosse Fahl!

Du schreibst mir, daß ich in der Gothaer Mitgliederversamm-
lung sehr unglücklich operiert habe. Du mußt mir zugute halten,
daß ich erst seit kurzer Zeit wieder in Deutschland bin und deshalb
nicht wissen kann, was sich in Thüringen alles nach 1923 abge-
spielt hat. Das Mittel, was die Rechte in Gotha gegen die Partei aus-
zuspielen, war mir nicht bekannt. Du mußt mir in jedem Punkt Auf-
schluß geben. Mit Genossen Zimmermann habe ich schon
einige Sachen durchgesprochen. Er sagt, daß leider alle Behauptungen
wahr sind. Zimmermann sagt: die Zentrale schickte den Genossen
Dähnhardt 1924 nach Jena und den Genossen Kohl nach
Gotha.

Dähnhardt ist von Keller als Polizeispitzel entlarvt worden.

auch soll Dähnhardt an der Unterschlagung der 5000 Mark
der „Neuen Zeitung“ beteiligt sein. Kohl kam nach Gotha
und wurde von der UBR (Unterbezirksleitung) nicht anerkannt.
Kohl hat darauf einen Kreis Genossen um sich gesammelt und in
der Wohnung des Genossen Boehm die Genossen aufgefordert,
die Mitglieder der gesamten UBR der Polizei
auszuliefern, und zwar nach folgendem Plan: Zum 1. Mai
wird eine Demonstration gemacht, die UBR muß an die Spitze;

wenn nun die Demonstration zum Rathaus kommt, geht ein
Genosse zur Polizei und meldet, daß die führenden Genossen
bewaffnet sind, und einige Genossen sorgen dafür, daß in den

Zusammenstoßen mit der Polizei die UBR-Mitglieder erledigt
werden.

Die Gothaer Redakteur weiß, daß unser Genosse Kohl noch Partei-
angehöriger ist. Wie Du mir mitteilst, verbreiten die rechten
Genossen in Gotha das Gerücht über mich, ich hätte 1923 beim
Waffenkauf in Suhr 3000 Dollar unterschlagen.
Das ist natürlich Schwindel. Ein anderer Genosse hat diese
Schweineerei begangen. Weiter wird behauptet, daß der Erfurter
Genosse Kellermann durch eigene Briefe Partei-
genossen verdächtig hat. Kellermann hat das zu-
gegeben... Dähnhardts Behauptung über die 500 000
Mark der Zentrale mußt Du in Gotha abstreifen. Ueber-
haupt hast Du in Gotha noch wenig gegen die Rechte durchge-
bracht. Deine Angriffe im „Volksblatt“ müssen geschickter aus-
gearbeitet werden. Dähnhardt und Konforten sind die gefähr-
lichsten, sie müssen von den Mitgliedern getrennt werden.

Es muß sich doch in Gotha ein Genosse finden, der behauptet,
daß Dähnhardt mit Sozialdemokraten in seiner Wohnung Zu-
sammenkünfte hat.

Ich denke an den Genossen Meister. Du sagst mir selbst, daß
Genosse Bismann Material gegen Dähnhardt hat. Das
muß ich unbedingt haben. Deine Ansicht, Kohl nicht mehr als
Lokalredakteur zu behalten, teile ich auch. Auch der Genosse Bismann
vertritt diesen Standpunkt. Doch müssen wir damit noch
warten. Erst müssen wir in Gotha die Rechte erledigt haben,
dann bauen wir Kohl ab. Ich denke daran, den Genossen Härzer
nach Gotha zu bringen. Deine Eingekommenheit für Selste be-
greife ich nicht. Selste ist ein ganz gefährlicher Burche. Da stecken
wohl Weiberfäulen dahinter. Deine We ist ja ein hübscher Kerl.
Grüß Riedl.

So sieht es hinter den Kulissen der Thälmann-Partei aus!

Großkampf im englischen Unterhaus.

Um die Rechte der Gemeinden.

London, 26. November. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus begann am Montag die zweite Lesung des
Gesetzentwurfs zur Reform der Lokalverwaltung, der
große parlamentarische Kampf zwischen Regierung und
Opposition, der den größeren Teil der gegenwärtigen langen Session
des Parlamentes vor den allgemeinen Wahlen ausfüllen wird. Die
Debatte wurde mit einer Rede des Gesundheitsministers Neville
Chamberlain eröffnet, der in einstündiger Rede die überaus
verwickelten Bestimmungen des Gesetzentwurfs klar zu machen suchte.
Im Namen der Arbeiterpartei unterbrachte der Abg. Arthur Green-
wood einen Antrag, in welchem die Verwerfung des Gesetzentwurfs
mit der Begründung gefordert wird, daß der Reformplan die gegen-
wärtigen Uebel des Armenrechts nicht behebe, sondern sogar
auf eine weniger demokratische Grundlage stelle. Die Entwicklung
der lokalen Gesundheitsfürsorge behindere und die geplante Ver-
änderung der lokalen Besteuerung in einer Weise vornehme, die
den kleinen Kaufleuten und Haushaltungen neue Lasten auferlege.

Faschistenprozeß in Paris.

Die Ermordung des Bizekonsuls.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Am Montag begann vor dem Schwurgericht bei Nacht besetzten
Tribünen die Verhandlung gegen den italienischen Kommunisten
Serge di Modugno, der im vorigen Jahre den italieni-
schen Bizekonsul Graf Rardini in dessen Bureau er-
schossen hat. Di Modugno beugte die Tat aus Erregung dar-
über, daß es seiner Frau unmöglich gemacht wurde, zu ihm nach
Paris zu kommen.

Der „Quotidien“ nimmt offen Partei für den Angeklagten.

Di Modugno habe wohl kaum mit der Absicht zu töten den
Konsul zu sprechen verlangt. Seine Erregung sei begründet,
da er statt dessen vor den Bizekonsul geführt wurde und dieser
sein Anliegen abschlug. Im übrigen müsse man die Infamie
seiner Verfolger in Betracht ziehen. Frau Di Modugno
sei auf Befehl der italienischen Regierung zu 5 Jahren Depor-
tation verurteilt und mit ihrem Kinde von der Insel Elpari
auf die Insel Ponza, den ungesundesten Deportationsort,
übergeführt worden. Haben die Ränder, fragt das Blatt, die solche
Repressalien anwenden, ein Recht, von zivilisierten Menschen zu
verlangen, daß sie nun noch Strafe üben?

Neuer Revolveranschlag auf Faschistenpöbel.

Gestern abend wurde in Paris ein 42 Jahre alter Volsent
namens Culoglia von unbekanntem Täter durch drei Revolver-
schüsse niedergestreckt. Er wurde in schwer verletztem
Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Man glaubt, daß Culoglia,
der vor 2½ Monaten aus Mailand eingetroffen war, faschistischer
Agent war und der Rache politischer Gegner zum Opfer
gefallen ist.

Polen Vermittler?

Zwischen Rumänien und Ungarn.

Warschau, 26. November. (Eigenbericht.)

Der ungarische Außenminister Ballo trifft in den nächsten
Tagen in Warschau ein, um, wie es offiziell heißt, einen Handels-
vertrag mit Polen abzuschließen. Die eigentliche Bedeutung
dieser Reise, die in hiesigen politischen Kreisen großes Aufsehen er-
regt hat, liegt aber in den Besprechungen hinter den Kulissen. Es
besteht kein Zweifel, daß bei dem Besuch des ungarischen Außen-
ministers von polnischer Seite der Versuch gemacht werden wird,
zwischen Ungarn und Rumänien als Vermittler, vor allem
in dem Optantenstreit, aufzutreten. Mit diesem Versuch tritt
Polen in das langersehnte Stadium der aktiven Balkanpolitik ein.

